

# UTE VOGT

## INFORMIERT

Nr. 8

SPD

August 2020



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

während bei uns in Baden-Württemberg noch Ferienstimmung herrscht, ist das politische Leben in Berlin schon wieder voll im Gange. Mit der Initiative, unseren Finanzminister Olaf Scholz als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 2021 vorzuschlagen, haben Präsidium und Parteivorstand eine guten Auftakt vorgelegt. Ein klares Signal, dass wir Personalfragen klären, um uns auf das wesentliche, nämlich die anstehenden Aufgaben für das nächste Jahrzehnt, zu konzentrieren. Olaf Scholz hat dabei nicht nur die Rückendeckung der Bundestagsfraktion, sondern auch der Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Ich finde, das ist ein großartiges Signal, auch für die demokratische Kultur bei uns in der SPD. Schließlich ist es erst wenige Monate her, dass Olaf Scholz und Klara Geywitz als Konkurrenten um den Parteivorsitz mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans angetreten waren. Ich freue mich, dass alle Beteiligten gut miteinander arbeiten und erkennen, dass wir in der SPD nur erfolgreich sein können, wenn alle Kräfte zusammenarbeiten und Solidarität aktiv gelebt wird.

Und Kraft werden wir brauchen. Der Herbst wird nicht einfach werden in Deutschland. Viele Betriebe leiden unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Wir wollen daher das Kurzarbeitergeld entsprechend verlängern, so dass es künftig für bis zu zwei Jahre gezahlt werden kann. Eine Maßnahme, die gerade für viele Betriebe bei uns in der Region eine wichtige Unterstützung wäre, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

Das Thema Wirtschaft und Arbeit wird mit Sicherheit auch einer der Schwerpunkte bei der anstehenden Landtagswahl am 14. März 2021. Derzeit arbeiten wir am Entwurf des Landtagswahlprogramms, das diesen Schwerpunkt auch widerspiegeln wird. Vorgelegt wird der Entwurf am 26. September im SPD Landesvorstand und danach geht es in die Diskussion mit Ortsvereinen, Kreisverbänden und natürlich auch allen Interessierten in und außerhalb der SPD. Wir alle hoffen, dass wir uns dann am 16. November in Freiburg treffen können, um das Programm zu verabschieden und mit Andi Stoch in einen erfolgreichen Landtagswahlkampf zu starten. Und wenn wir auf dem Parteitag den neu gewählten Stuttgarter Oberbürgermeister Martin Körner begrüßen könnten, wäre das grandios! Also - noch kurz ausruhen und dann auf in den Wahlkampf!

*Ute Vogt*

## Wiedersehen für binationale Paare

Es gibt viele Situationen, in denen eine virtuelle Umarmung, ein „Kuss-Smiley“ oder ein Foto nicht ausreichen. Binationale Paare können sich - [unter bestimmten Bedingungen](#) - seit dem 10. August wieder in die Arme schließen. Seitdem ist eine Einreise aus dem Nicht-EU-Ausland zur Partnerin bzw. zum Partner in Deutschland wieder möglich. Der Weg dorthin war ein Kraftakt für viele Paare und auch für uns Abgeordnete.



Ende Juli wurde der überfraktionelle Aufruf „[Love is essential](#)“ gestartet. Den Unterzeichner\*innen des Aufrufes geht es darum, die Einreisebeschränkungen für nicht verheiratete oder verpartnerte binationale Paare aufzuheben. Die Einreisebeschränkungen wurden angesichts der Corona-Krise eingeführt, um das Infektionsrisiko so gering wie möglich zu halten. Auch mich haben zahlreiche sehr unterschiedliche Zuschriften erreicht. Im Kern wollten sie aber alle das gleiche, den Partner oder die Partnerin wiedersehen. Das hat mich und mein Team, sowie auch viele Kolleg\*innen sehr berührt. Daher habe ich als Innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion mit meinem Kollegen und dem stellvertretenden Innenpolitischen Sprecher Uli Grötsch ein Schreiben an Innenminister Horst Seehofer verfasst, in dem wir das Ende der Beschränkungen gefordert haben.

Auf Drängen vieler weiterer Abgeordneter aus den demokratischen Fraktionen hat das Ministerium nun endlich festgelegt, dass ein Besuch nach Deutschland dann wieder möglich sein soll, wenn die Beziehung „auf Dauer“ angelegt ist. Ausnahmen sind und bleiben jedoch Risikogebiete. So schwierig diese Einschränkung für viele sein mag, dient sie doch unserem gemeinsamen Schutz. Eine andere Einschränkung sehe ich hingegen kritisch. Per Definition soll eine dauerhafte Beziehung auch daran erkannt werden, dass entweder bereits ein Besuch in Deutschland stattfand oder in der Vergangenheit ein gemeinsamer Wohnsitz im Ausland nachgewiesen werden kann. Zu recht beschwerten sich bereits jetzt Paare darüber, dass der Besuch im Ausland nicht als gleichwertig angesehen wird. Das Thema bleibt also trotzdem auf der Tagesordnung.

## Heil und Müller bringen das Lieferkettengesetz auf den Weg!

Noch in diesem Monat möchten Arbeitsminister Hubertus Heil und Entwicklungsminister Gerd Müller Eckpunkte für ein Lieferkettengesetz ausarbeiten!

Es war ein auf und ab bei den Entscheidungen rund um ein Lieferkettengesetz. In sehr vielen Newslettern habe ich in den letzten zwei Jahren über das Thema berichtet und die Forderung ist weitaus älter. Viele deutsche Unternehmen setzen - oft aus Wettbewerbsgründen - bei ihren Lieferketten auf Ausbeutung, statt auf Nachhaltigkeit und Menschenwürde. Unser entwicklungspolitischer Sprecher in der SPD-Bundestagsfraktion hat dazu gesagt: „Ausbeutung darf kein Wettbewerbsvorteil sein.“

**Terminhinweis:** Die [Faire Woche](#) vom 11. - 25. September! Unter dem Motto „50 Jahre Fairer Handel – auf dem Weg zu einem guten Leben für alle“ findet die Eröffnung zur diesjährigen Fairen Woche am 10. September online statt. Einwählen können Sie sich zur Veranstaltung unter diesem [Link](#).

Wir haben daher im letzten Koalitionsvertrag festgelegt, dass Unternehmen im Rahmen des „Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ über ihre Wertschöpfungsketten befragt werden. Seit dem 14. Juli ist der Evaluationsprozess beendet und das Ergebnis steht fest. Zum einen haben sich nur sehr wenig Unternehmen beteiligt. Zum anderen gab es unter den Antworten nur sehr wenig Unternehmen, die ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen. Auch wenn das Ergebnis so negativ ausgefallen ist: Nun können wir endlich gesetzgeberisch tätig werden. Weitere Details finden Sie / findet Ihr in der folgenden [Pressemitteilung](#).

## Baden-Württemberg bei Sozialwohnungen auf den hinteren Plätzen im Ländervergleich

Baden-Württemberg förderte 2019 gerade einmal 188 neue Sozialwohnungen je 1 Million Einwohner. Obwohl sich bei uns im Land ein Großteil der teuersten Städte befindet. Bayern förderte 459 Wohnungen je 1 Mio. Einwohner, Berlin 467 und das zehnfache (!) Hamburg mit 1.869 Wohnungen. Rolf Gaßmann vom Mieterverein Stuttgart und Umgebung hat die Zahlen zusammengestellt (Mehr Informationen auf <https://mieterverein-stuttgart.de/de/>) Die SPD im Land hat Recht, wenn sie eine eigene Landeswohnungsbaugesellschaft fordert. Insgesamt wurden in Stuttgart letztes Jahr 150 Wohnungen je 100.000 Einwohner gebaut, in Hamburg waren es 600. Es wird Zeit für einen neuen Oberbürgermeister hier in der Stadt, der sich des Themas richtig annimmt: Zeit für Martin Körner.



## Der Kinderbonus

Eine Finanzhilfe aus den Corona-Paketen freut mich besonders: der Kinderbonus in Höhe von 300 Euro für jedes Kind. Und er wird nicht auf Leistungen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) als Einkommen angerechnet. Das heißt, er kommt auch wirklich gerade den Familien im Leistungsbezug und Familien mit kleinem Einkommen in voller Höhe zugute!

## Nothilfe in Beirut - „Junge ergreifen die Initiative“



Kayu Orellana (M.) hilft in Beirut auch beim Wiederaufbau von Wohnraum. Help – Hilfe zur Selbsthilfe/S. Maier

Das Ausmaß der Explosion in Beirut ist unbeschreiblich. Nach und nach kommen immer mehr Details ans Licht. Akute Hilfe vor Ort leistet auch der Nothilfe-Koordinator Kayu Orellana von der Organisation [Help e.V.](https://www.help-e.v.de/), bei der ich auch Vorstandsmitglied bin. Er beschreibt in seinem letzten Interview eindrücklich, wie es um den Libanon / um Beirut steht. „Wir sind fast drei Kilometer vom Unglücksort untergebracht, aber auch hier gibt es Strukturschäden. (...) Die Krise im Land hat schon länger vielfältige Ursachen. Das ist jetzt der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Von unserem lokalen Team wurde uns gesagt, dass

wir abends nicht vor die Tür gehen sollen, weil es Ausschreitungen und Demonstrationen gegen die Regierung gibt.“ Besonders beeindruckt zeigt sich Orellana von der anpackenden Jugend: „Uns ist aufgefallen, wie stark besonders die junge Bevölkerung hier im Land die Initiative ergreift und sich an der Räumung der Scherben und Trümmerteile proaktiv beteiligt. Viele beklagen, dass es sehr wenig staatliche Beteiligung an den Aufräumarbeiten gibt.“

Unser Außenminister Heiko Maas war am 12. August vor Ort und hat sich ein Bild von der Lage gemacht. „Es ist noch einmal etwas anderes, mit eigenen Augen zu sehen, was hier vor wenigen Tagen in Beirut geschehen ist“. Rund 20 Millionen Euro will Deutschland beisteuern, fordert aber gleichzeitig weitreichende Reformen. Die wirtschaftliche Lage im Land und auch die Entwicklung der Regierungsarbeit werden seit längerem kritisch beobachtet.

# Von Bundesprogrammen bis zu binationalen Paaren - Was Stuttgart umtreibt

Parlamentarierinnen und Parlamentarier bekommen für ihre Arbeit eher selten unmittelbaren Zuspruch aus der Bevölkerung. Meist kommt das Lob eher von interner Seite. Doch nicht so in der Corona-Krise. Seit diesem Frühjahr erhalten wir regelmäßig Antworten von Bürgerinnen und Bürgern, die sich bedanken, weil wir gute Arbeit geleistet haben. Dieser Tage zum Beispiel die Vertretungen von Jugendaustausch-Programmen, die sehr erleichtert waren, dass sie nun ausreichend Zuschüsse erhalten. Oder besonders kleinere Unternehmen oder Solo-Selbstständige, die dank der Hilfsmaßnahmen über die Runden kommen. Auch viele Paare, die sich wegen der Einreisebeschränkungen nicht sehen konnten, waren sehr erleichtert, dass der Einsatz vieler Parlamentarier\*innen bei Minister Seehofer die Beschränkungen entschärfen konnte. Natürlich darf und soll weiterhin konstruktive Kritik geäußert werden. Schön ist es trotzdem, wenn uns auch positives Feedback erreicht. Übrigens gibt es nicht wenige Menschen, die Autogramme sammeln - das sind c.a. 2-3 Anfragen pro Woche - ich staune immer darüber.



## Besuch beim BAMF

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg war einer meiner Besuchspunkte in der sitzungsfreien Zeit. Das Bundesamt ist heute gut aufgestellt und endlich auch personell ausreichend ausgestattet. Die Entscheider\*innen bedienen sich einer Vielzahl von Quellen, wenn Asylbegehren angehört und entschieden werden. Informationen aus den jeweiligen Botschaften gehören ebenso dazu wie Berichte von Organisationen, die in den unterschiedlichen Herkunftsländern unabhängig arbeiten. Aktuell werden c.a. 600 - 700 Anhörungen im Monat durchgeführt. Etwa 3.000 Asylentscheidungen werden monatlich getroffen. Offen sind derzeit noch 42.000 Asylanträge, davon sind erfreulicherweise weniger als 7.000 Fälle älter als ein Jahr. Beeindruckend, was insgesamt seit 2015 aufgearbeitet worden ist. Am Ende hilft das vor allem auch denjenigen, die um Asyl nachfragen. Denn zügige Verfahren schaffen Perspektive und vor allem Klarheit.



Antrittsbesuch bei Dr. Hans-Eckard Sommer, Präsident des BAMF



### Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart  
Tel: 0711 - 5188 90 10  
Fax: 0711 - 5188 90 20  
E-Mail: [stuttgart@ute-vogt.de](mailto:stuttgart@ute-vogt.de)

### Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 - 227 72894  
Fax: 030 - 227 76446  
E-Mail: [ute.vogt@bundestag.de](mailto:ute.vogt@bundestag.de)

